

**An alle
Bezirksverbände und Regionalbüros
Beschäftigte der IG BAU**

**den Mitglieder des Beirates
zur Kenntnis**

Datum: 12.07.2004
Ansprechpartner: Frank Schmidt-Hullmann
Telefon: (0 69) 95 737 - 120

Rundschreiben Nr. 11 VB I und VII / 2004

Sprachgebrauch und Prioritätensetzung im Zusammenhang mit illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit

Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,

wir freuen uns darüber, dass die Organisation an den meisten Orten den Kampf gegen die illegale Beschäftigung aktiv aufgenommen hat. Wir können und dürfen es nicht hinnehmen, dass unsere Tariflöhne immer weiter ausgehöhlt werden. Mit einiger Sorge haben wir aber in den vergangenen Wochen die öffentliche Berichterstattung darüber verfolgt.

So finden wir gelegentlich in der Presse Äußerungen, dass wir „deutsche“ Bauarbeiter durch den Einsatz „ausländischer“ Bauarbeiter verdrängt sehen. Einen solchen **Sprachgebrauch** müssen wir unbedingt vermeiden. Er grenzt unsere ausländischen Mitglieder aus, was sicher niemand von uns will.

Ob die Beschäftigten der illegal handelnden Firmen nun Ausländer mit legalem oder nicht legalem Aufenthalt oder deutsche Staatsbürger sind, spielt hinsichtlich der schädlichen Auswirkungen des von ihren Firmen betriebenen Lohn- und Sozialdumpings kaum eine Rolle. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass Ausländer ohne legalen Aufenthalt häufig besonders stark ausgebeutet werden.

Illegale Beschäftigung ist für uns jede Beschäftigung, bei der nicht jede Stunde mindestens mit dem jeweils zutreffenden Tarif- oder Mindestlohn bezahlt wird und/oder nicht alle geltenden sonstigen Arbeitgeberpflichten aus Tarifverträgen und Gesetzen eingehalten werden, gleichgültig wer die Arbeit jeweils konkret ausführt.

Gegen diese illegalen Arbeitgeberpraktiken – und nicht gegen die um das ihnen zustehende Recht auf ordnungsgemäße Beschäftigung betrogenen illegal Beschäftigten - richtet sich unser Kampf.

Dieser Kampf muss auf jeder Baustelle und in jedem Objekt geführt werden, und zwar - wo immer möglich - gemeinsam mit den direkten Opfern dieser illegalen Arbeitgeberpraktiken. Unser Interesse als IG BAU liegt vorrangig darin, dass diese entsprechend den Regeln bezahlt werden müssen, damit sie nicht länger als Instrument des sozialen Dumpings und als Druckmittel gegen die Beschäftigten in den verbliebenen ordnungsgemäß handelnden Betrieben missbraucht werden können. Diesem – und nur diesem Ziel – dienen unsere Aktivitäten gegen illegale Beschäftigung.

Der Zoll und andere Bekämpfungsbehörden können unsere eigene gewerkschaftliche Aktivität dabei nicht ersetzen. Sie können zwar den illegal handelnden Arbeitgeber mit Bußgeldern oder strafrechtlichen Mitteln verfolgen, die Beschäftigten dieser Firmen erhalten dadurch aber noch lange nicht die ihnen zustehende Bezahlung. Der Konkurrenzvorteil illegal handelnder Unternehmer wird durch Geldbußen oder -strafen nur etwas abgeschwächt, er bleibt aber bestehen, wenn es nicht gelingt, die **ordnungsgemäße Bezahlung durchzusetzen.**

Der **Vorrang unserer Aktivitäten** sollte deshalb zunächst immer darauf liegen, die **illegal Beschäftigten selbst zu aktivieren**, damit sie die ihnen zustehenden Ansprüche durchsetzen, und andere Beschäftigte dazu ermuntern, ihnen dabei zu helfen. Erst wenn diese Versuche nichts bringen oder uns von vorneherein offen feindlich von den Beschäftigten gegenüber getreten wird, sollten wir den Zoll aktivieren, um der illegalen Beschäftigung ein Ende zu setzen.

In diesem Sinne bitten wir euch sehr herzlich,

- allen Mitgliedern und Beschäftigten in unseren Branchen deutlich zu machen, dass sich unsere gemeinsamen Aktionen stets gegen alle illegalen Arbeitgeberpraktiken richten, gleichgültig von wem oder durch wen sie erfolgen
- bei öffentlichen Äußerungen und Aktivitäten aller Art gegen diese Arbeitgeberpraktiken nicht eine Spaltung in Ausländer und Deutsche zuzulassen oder gar herbeizureden

- bei dem Versuch der Zurückdrängung aller illegalen Arbeitgeberpraktiken den Einsatz der verfügbaren gewerkschaftlichen Mittel einschließlich neuer Ansätze nicht zugunsten eines allzu schnellen Rufs nach der Staatsmacht zu vernachlässigen
- die örtlichen Bündnisse gegen illegale Beschäftigung weiter intensiv nutzen um die illegalen Praktiken einzelner Unternehmen vor Ort zu bekämpfen
- sich durch Kritiker nicht in eine rechte Ecke drängen zu lassen, in die wir nicht gehören.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus WieseHügel

Dietmar Schäfers